

LESERMEINUNGEN

**Systemischer Rassismus
Veraltete
Stereotypen**

Offensichtlich handelt es sich um ein Missverständnis des Begriffs, wenn wir immer noch die Beweggründe und Aktionen einer definitiv marginalisierten, institutionell und systemisch unterdrückten Menschen-Gruppe infrage stellen, anstatt zuzuhören, zu verstehen und unseren Beitrag zu leisten. Auch wenn wir als privilegierte Menschen Rassismus nicht in diesen Formen erleben, können wir trotzdem mitfühlen und die systematischen Ungleichheiten klar erkennen. Sie zeigen sich auch bei uns in der Bildung, im Wohnungs- und Arbeitsmarkt, im Wohlstand, Gesundheitswesen, in Bezug auf die politische Macht und, wie an dem Extrembeispiel USA klar zu sehen ist, in der Strafjustiz. Am Beispiel Polizeigewalt erkennt man, dass es sich um hoch komplexe Abläufe handelt, durch die gewisse Menschengruppen benachteiligt werden. Obwohl schwarze Menschen nur 13 Prozent der US-Bevölkerung ausmachen, werden sie fast doppelt so oft kontrolliert wie weisse Menschen und drei Mal eher von der Polizei ermordet. Überkontrolle und die allgegenwärtige Chancenungleichheit führen dementsprechend zu einer höheren Kriminalitätsrate. Diese Statistiken zeigen, dass bei dieser Problematik veraltete Stereotypen im System verinnerlicht sind. Auch darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass diese Systeme uns stark beeinflussen. Wenn ein System also unfair agiert, kann man die auf Unterdrückung reagierenden Menschen nicht alleine verantwortlich machen. Umgekehrt, sind die Oppressoren innerhalb des Systemes nicht alleine verantwortlich. Systemischer Rassismus bedeutet nicht, dass alle Akteure innerhalb des Systems aktiv rassistische Absichten haben, sondern eher umgekehrt, dass das System von Natur aus rassistisch ist, da es auf veralteten Rassen-Ideologien basiert und die Akteure werden infolgedessen rassistisch sozialisiert. Unseres Erachtens nach handelt es sich hier nicht um ein politisches Problem, bei dem Einzelpersonen verantwortlich sind, sondern um ein tief in unsere Systeme/Institutionen verankertes Menschenrechtsproblem, weil gewisse Menschengruppen vom System minderwertig behandelt werden. Das ist nicht nur in den USA der Fall, sondern auch bei uns in Europa, Liechtenstein. Wir möchten auf die Thematik aufmerksam machen und dazu aufrufen, dass sich jeder mit dem Thema auseinandersetzt. Wir alle tragen durch unser Schweigen und unsere Ignoranz zum Problem bei und es ist Zeit, Verantwortung zu übernehmen und aktiv anti-rassistische Aktionen zu ergreifen und das Problem im Kern zu lösen.

Laura Arroyave, Lena Klein,
Lisa Jenny, Severin Hasler,
Noah Büchel, Floraweg 11, Vaduz

Kinderkram

Am vergangenen Montag war es wieder einmal so weit. Ich habe gestaunt. Obwohl es mir sonst in den vergangenen Jahren doch eher etwas abhandengekommen ist, das Staunen. Aber bei der Lektüre des Leserbriefs von Herrn Robin Schädler, mit dem Titel «institutioneller Rassismus», war es dann wieder einmal so weit. Geäussert hat er seine Meinung zu den tragischen Ereignissen dieser Tage in den USA. Das heisst, eine Meinung geäussert hat Herr Schädler eigentlich nicht.

Nein, Herr Schädler hat seine Urteile gefällt! Wie mit Axthieben! Mit einer Radikalität, die schlicht atemberaubend ist. Gleich in den ersten zwei Sätzen klärt er verbindlich, worum sich die Geschichte dreht und worum sie sich nicht dreht. Geplünderte Geschäfte, brennende Gebäude unschuldiger und unbeteiligter Dritter? Einspruch abgelehnt! Das ist nicht das Thema! «Vielmehr ist dies eine Geschichte über die kaltherzige Tötung eines Afroamerikaners (...).» So sieht's aus! Die Geschichte der USA reduziert er auf «Unterdrückung und Gewalt»; auf die «Erosion von demokratischen Normen». Der Präsident? Ist jemand, «der tödliche Gewalt gegen Protestanten befürwortete». Wann und wo er das getan haben soll? Wen haben solche lästigen Details schon zu interessieren? Wenn Robin Schädler sagt, dass es so ist, ist es so! Genauso wenn er festhält, dass das System «kaputt ist und nicht mit kleinen Reformen geflickt werden kann». Da kommt nun endlich der Visionär in ihm zu tragen. Einer, der sieht: Jetzt sind die grossen Würfe gefragt. Die Gleichheit! Um es auf den Punkt zu bringen. (Wobei er die vor dem Gesetz wohl eher nicht meint. Bedauerlicherweise!). Was den Schädlerischen Kahlschlag umso er- und bestaunenswerter macht, ist die Tatsache, dass es sich bei ihm um einen promovierten Juristen handelt?! Ein Rechtswissenschaftler erklärt die Beraubung und den Ruin von Hunderten und Tausenden von Menschen als irrelevant. Ein Rechtswissenschaftler weiss schon jetzt exakt, was sich beim Tod von George Floyd konkret abgespielt hat und ihm ist klar, dass das alles, der ganze Staat, die ganze Gesellschaft, nur institutioneller Rassismus sein kann! Audiatur et altera pars; man höre auch die andere Seite? Kinderkram! Nicht bei Herrn Dr. Schädler! In solchen Händen liegt die Zukunft unseres Rechtsstaats. Wohl an, das kann ja heiter werden!

Hans Mechnig,
Tröxlegass 46, Schaan

**Chancengleichheit
Coronakrise und
«HalbeHalbe» –
Was hat das miteinander zu tun?**

Frauen sind die sozialen Airbags in Krisenzeiten. Sie werden dafür gelobt. Man klatscht auf den Balkonen und das wars. An der sozialen Lage und an der Beteiligung bei den wichtigen Entscheidungen hat sich damit noch nichts geändert. Es wird sich erst ändern, wenn Frauen in den Entscheidungsgremien angemessen vertreten sind. «HalbeHalbe» setzt sich ein für die angemessene Vertretung in politischen Gremien. Mehr als 85 Prozent der Mitarbeitenden im Gesundheitswesen und in der sozialen Arbeit sind Frauen. Sie können nicht zu Hause bleiben, weil der Kontakt zu Menschen, die Hilfe brauchen, ihr Beruf ist. Sie sind einem hohen Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Dieses wird finanziell nicht honoriert. Wie Lohnstatistiken zeigen, besteht über alle Berufe hinweg eine Lohnlücke zwischen Frauen und Männern, die durch den Arbeitsinhalt nicht erklärbar ist. Über diese Lohnlücke («Gender pay gap») hinaus sind typische Frauenberufe, wie zum Beispiel die Krankenpflege, schlecht bezahlt. Auch im Detailhandel, wo überwiegend Frauen arbeiten, ist der Lohn tief und das Ansteckungsrisiko hoch.

In früheren Krisen wurden häufig Leistungen im Gesundheitswesen, in der Bildung sowie der Kinder- und Altenbetreuung abgebaut. Auch auf die derzeitigen Finanzspritzen in die Wirtschaft werden wieder Sparmassnahmen folgen. In der Schweiz fordert ein breites Frauenbündnis mehr Gehör für die Anlie-

gen der Frauen, auch bei der Bewältigung der Coronakrise. Sie weisen unter anderem darauf hin, dass dringend Lösungen für den Fachkräftemangel im Care-Sektor gebraucht werden. Zahlreiche Frauen haben das Land durch die Krise gebracht, während vor allem Männer die Krise kommentierten. Das Frauenbündnis in der Schweiz weist darauf hin, dass im Corona-Krisenstab des Bundes weder Kinderbetreuerinnen, noch Mütter oder Pflegefachfrauen mitreden. Frauen machen Homeoffice erst möglich, denn sie stemmen die Mehrbelastung. Deutsche Untersuchungen zeigen, dass die Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten, keinen Einfluss hat auf das Engagement der Väter für die Familie. Die Zuständigkeit der Frauen für die Kindererziehung erweist sich als krisensicher. Laut Meldungen aus dem Frauenbündnis haben Frauen seltener Zugang zu Homeoffice; ihnen werde unterstellt, dass sie sich zu Hause nebenbei um Kinder und Haushalt kümmern werden, anstatt konzentriert für den Betrieb zu arbeiten.

Es gibt viel zu tun. Die Verfassungsinitiative «HalbeHalbe» will eine angemessene Vertretung von Männern und Frauen in politischen Gremien. Die Annahme der Initiative ist ein nachhaltiger Schritt zur Verbesserung der aufgezeigten Problematik.

Walter Kranz, Dipl.-Psych., Mitglied
des Initiativkomitees «HalbeHalbe»

**Das Männernetzwerk
funktioniert**

Die Beantwortung der kleinen Anfrage, warum bei der Neubesetzung des AHV-Verwaltungsrats keine Frau dabei ist, muss frau und man(n) sich auf der Zunge zergehen lassen.

Es bewarben sich 16 Männer und 4 Frauen. «Das Geschlecht spielte eine untergeordnete Rolle», so Pedrazzini. Und das, obwohl es mittlerweile landesbekannt ist, dass politische Gremien zumindest zu einem Drittel mit dem anderen Geschlecht besetzt werden sollten. «Unter den Bewerber/innen war die entsprechende Kombination zu finden, um in Summe das für den Verwaltungsrat als Ganzes geforderte Anforderungsprofil optimal abzudecken», so Pedrazzini. Hochinteressant, dass zu einer solchen Kombination Frauen offenbar nicht dazu gehören. Mir ist eine Bewerberin mit zwei Studienabschlüssen (u. a. Betriebswirtschaft) bekannt, die bestens ausgewiesen wäre, um diese Kombination nun wirklich zu optimieren.

Wer aber sind nun die überragenden Mandatäre des AHV-VR? Norman Hoop, Schwager des FBP-Fraktionsprechers; Bruno Matt, dem Vernehmlich nach der Töffkollege des Regierungschefs und der alles überdauernde KH Ospelt, der mit Pedrazzini Partnerin schon im VR der LIE-mobil sass. Wahrscheinlich eine Kombination, die das Schicksal der AHV nicht besser lenken könnte. Ich kenne die anderen drei Frauen nicht, nehme aber an, dass sie mindestens so gut qualifiziert sind - Frauen neigen nicht dazu, sich zu

überschätzen. Der lapidare Verweis darauf, dass in den Stiftungsrat des Landesspitals drei Frauen und zwei Männer gewählt wurden, wird als «Schicksal» dargestellt, das einmal zuschlägt und ein anderes Mal nicht.

Es wäre wünschenswert, wenn sich der Landtag parteiübergreifend dafür einsetzt, dass das aufhört und zumindest zweistufig vorgegangen wird. Qualifikationsprinzip und Geschlecht. Und zwar so lange, bis wir eine halbwegs vernünftige Aufteilung aller Mandate zwischen Frauen und Männern haben.

Karin Jenny,
Untere Rüttigasse 5, Vaduz

**S-Bahn Liechtenstein
Schranke zu, auf, zu**

Auszug aus dem Bericht der Regierung Nr. 101/2011: «Die Problematik der Eisenbahnkreuzungen im Zentrum von Schaan wurde schon in einem frühen Projektstadium untersucht. Dabei wurden sowohl strassenseitige als auch bahnsseitige Lösungen geprüft. Die strassenseitige Überbeziehungsweise Unterführung der Bahn an den beiden Übergängen Zollstrasse und im Bretscha (Richtung Bendern) erweist sich aufgrund der Erschliessung, der sich im unmittelbaren Umfeld befindlichen Liegenschaften sowie der Einbindung in die bestehenden Quartierstrassen als problematisch. Zudem ist der Eingriff ins Ortsbild gravierend.»

«Bahnsseitig wurde eine Absenkung der Eisenbahn geprüft, sodass der Strassenverkehr im Bestand (ohne Schranken) abgewickelt werden könnte. Das scheitert allerdings an der sich hieraus ergebenden Steigung zwischen dem Kreuzungspunkt Zollstrasse und der Rheinbrücke Schaan-Buchs. Zusätzlich zu bereits vorhandenen Höhenunterschied zwischen diesen beiden Zwangspunkten, im Ausmass von mehr als 16 Meter, müssten weitere 9,70 Meter überwunden werden. Unter Einhaltung der maximalen Steigung, die für die Eisenbahn zulässig wäre, müsste die Strasse im Bereich Zollstrasse um circa 4,40 Meter angehoben werden. (Damit der Zug unter der Strasse durchkommt.) Die im unmittelbaren Nahbereich der Eisenbahnkreuzung befindlichen Erschliessungsstrassen sowie Grundstückszufahrten lassen eine derartige Veränderung des Strassenverlaufes jedoch nicht zu.» Abschliessend schrieb die Regierung in diesem Bericht, dass Unter- und Überführungen im Zentrum nicht weiterverfolgt werden. Die Abgeordneten erhielten zur Landtagssitzung vom Mai 2020 fünf Baupläne im Massstab 1:1000 zur S-Bahn, erstellt von einer Firma in Wien. Auf dem Plan «Haltestelle Vaduz-Schaan» (heutiger Bahnhof) setzten die Ingenieure in Wien exakt den obigen Bericht der Regierung um: Schranke zu, auf, zu. An der Landtagssitzung sagte Daniel Risch, die Schranke sei maximal 14,5 Minuten pro Stunde zu. Auf beide Bahnübergänge übertragen ist das eine massive Reduktion der Kapazität in diesem Verkehrsknotenpunkt, und Stau ist program-

miert. Kein gutes Konzept, nicht zu Ende gedacht. Nachdem absehbar war, dass die Mehrheit der Abgeordneten zustimmt, beantragte die Neue Fraktion (Demokraten pro Liechtenstein; DpL) eine Volksabstimmung. Nun entscheidet das Volk darüber, ob für das Konzept «Bahnschranken zu, auf, zu» stolze 71,3 Millionen Franken plus Teuerung bezahlt werden soll. Dies in einer unsicheren Zeit, in der 11 000 Kurzzeit-Arbeitslose angemeldet sind, und wir nicht wissen, was alles noch auf uns zukommt.

Herbert Elkuch, Landtags-
abgeordneter der Demokraten
pro Liechtenstein (DpL)

**Lockerung für Kinder
Radfahren
auf dem Trottoir?**

Ab 1. Januar 2021 dürfen Kinder bis zum Alter von 12 Jahren mit dem Fahrrad auf dem Trottoir fahren, wenn keine angemessene Veloinfrastruktur (Radweg oder Radstreifen) vorhanden ist. Der Verkehrs-Club Liechtenstein (VCL) findet diesen Entscheid des Schweizer Bundesrats fragwürdig. Liechtensteins Regierung wird diese Schweizer Änderung sehr wahrscheinlich übernehmen. Was auf den ersten Blick nach mehr Sicherheit für die Kinder aussieht, ist bei genauerer Betrachtung eher kontraproduktiv: Das Trottoir kann für Kinder auf dem Velo schnell zur tödlichen Gefahr werden.

Der VCL sieht bei einer zu starken Öffnung des Trottoirs mehr Konfliktpotenzial: Bereits heute fühlen sich ältere Menschen, Menschen mit Sehbehinderung, aber auch jüngere Kinder zu Fuss durch Velos auf dem Trottoir gefährdet. Eine restriktivere Öffnung des Trottoirs für Räder - zum Beispiel nur für Kinder bis 8 Jahre - wäre begrüssenswert gewesen. Beim Radfahren bleibt einem Kind kaum Zeit, vor dem Überqueren von Strassen die Situation richtig einzuschätzen. Und es ist nicht anzunehmen, dass Kinder in der Praxis mit dem Fahrrad konsequent anhalten vor der Strassenquerung. Des Weiteren rechnen Autofahrernde zum Beispiel bei Garagenausfahrten in der Regel nicht mit schnellem Verkehr auf dem Trottoir, oder sie können diesen wegen fehlender Sichtweiten nicht früh genug erkennen. Ganz besonders gefährlich ist das Fahren auf dem Trottoir gegen die Fahrtrichtung des Strassenverkehrs. Es ist auch nicht erlaubt.

Deutlich wirksamer als eine Öffnung des Trottoirs sind für Kinderverkehrsberuhigende Massnahmen wie Begegnungszonen bei Schulen und Tempo 30 auf den Quartierstrassen. Wichtig ist auch, dass die Kinder richtiges Radfahren im Strassenverkehr erlernen. Dies z. B. durch den Verkehrsunterricht an den Primarschulen und die VCL-Fahrradkurse «Sicher im Sattel» für PrimarschülerInnen und ihre Eltern.

Vorstand des Verkehrs-
Clubs Liechtenstein (VCL)

**In eigener Sache
Hinweis zu Leser-
briefen und Foren**

Da auch unsere Rubrik «Leserbriefe» einer Planung bedarf, bitten wir unsere Leser, sich möglichst kurz zu halten und als Limite eine maximale Anzahl von 2500 Zeichen (inklusive Leerzeichen) zu respektieren. Die Redaktion behält es sich in jedem Fall vor, Zuschriften nicht zu publizieren und kann darüber keine Korrespondenz führen. Wir bitten darum, uns die Leserbriefe - inklusive der vollen Anschrift des Unterzeichners - bis spätestens 16 Uhr zukommen zu lassen. Für die Rubrik «Forum» gilt, die 3000-Zeichen-Marke nicht zu überschreiten.

redaktion@volksblatt.li

ANZEIGE

Das «Volksblatt»
Zwitschert: @volksblatt



Volksblatt

ANZEIGE



Kinderstoba Tresa
Private Kinderbetreuung

Claudia Jaeggi-Banzer
Fachfrau Betreuung Kinder FZ

Poska 10 • 9495 Triesen • Fürstentum Liechtenstein
+41 79 712 77 74 • kinderstoba.tresa@gmail.com